Antrag an das 33. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller*in(nen):	Die Linke Liste an der HU – LiLi	
Datum	30. Juni 2026	
Nr. und Datum der Sitzung	7. Sitzung	9 Juli 2026
Beschluss-Nr. *(vom Präsidium auszufüllen)*	SP-33/45	

I. Antragsgegenstand

Solidarität mit Palästina – Beteiligung der HU am Völkermord beenden

II. Beschlussentwurf

(1) **Feststellung**:
Dem Studierendenparlament der HU ist zur Kenntnis gelangt, dass sich alle israelischen Universitäten mit denen die HU kooperiert vielfach direkt oder indirekt am Genozid [1], Besatzung, Apartheid und/oder weiteren Menschenrechtsverletzungen gegen das palästinensische Volk beteiligt haben und beteiligen, etwa durch Rüstungsforschung oder die Ausbildung von IDF-Soldat*innen [2].
Ein kürzlich veröffentlichter Bericht stellt dies für die HU ausführlich dar.

Deswegen stellt das Studierendenparlament der HU folgende **Forderungen** an die Humboldt-Universität zu Berlin:

(2) Die Beendigung der institutionellen Zusammenarbeit und Kooperation mit (im oben genannten HU Bericht genannten) israelischen Universitäten.
Dies enthält unter anderem die sofortige Aussetzung von bzw. den Rückzug aus Veranstaltungen, Aktivitäten, Vereinbarungen oder Projekten, an denen israelische akademische oder andere staatliche Einrichtungen beteiligt sind oder die auf andere Art und Weise die Normalisierung [3] von Israels Genozid, illegaler Besatzung und Apartheid im globalen akademischen Bereich fördern, Israels Verstöße gegen das Völkerrecht verschleiern und die Rechte der Palästinen-

ser*innen verletzen. Den weiteren Maßstab der Forderung bilden die Richtlinien nach PACBI [4].

Eine nicht-institutionelle Zusammenarbeit soll nur dann stattfinden, wenn ausgeschlossen ist, dass die Kooperationspartner*innen an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Die Zusammenarbeit mit (kritischen) Wissenschaftler*innen und Studierenden, die diese Voraussetzung erfüllen, soll ausdrücklich möglich bleiben.

Partnerunis der HU machen vor, wie eine (teilweise) Umsetzung aussehen kann. Wir fordern die HU auf, sich an ihren Partnern wie der Univerza v Ljubljani [5], der Université Libre de Bruxelles [6], der Universiteit Antwerpen [7] und Weiteren ein Beispiel zu nehmen.

(3) Das Studierendenparlament der HU fordert die Universitätsleitung zudem auf, umfassend darüber aufzuklären, welche Kooperationen (Kooperationsvereinbarungen, Austauschprogramme, Konferenzen, Symposien, Workshops, Ausstellungen, Finanzierung akademischer Projekte. etc.) der HU und ihrer Gliederungen mit israelischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, der israelischen Regierung und anderen Institutionen bestehen.
Weiter fordert das Studierendenparlament die Universitätsleitung auf, umfassend zu untersuchen, inwieweit derartige Kooperationen mit Menschenrechtsverletzungen und mit der Beteiligung an Völkermord oder Apartheid verbunden sind und inwieweit die Kooperationspartner*innen an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen den Mitgliedern des Akademischen Senats, des Studierendenparlaments und der Hochschulöffentlichkeit vorgelegt werden.

(4) Das Studierendenparlament der HU fordert den Akademischen Senat und Konzil auf, im Wege einer Satzung oder durch Verfassungsänderung die Forschung zu militärischen Zwecken auszuschließen und die Universität zu ausschließlich friedlichen und nicht-militärischen Zielen zu verpflichten (Zivilklausel). Über Forschungsprojekte, die für einen Verstoß gegen diese Zivilklausel anfällig sind, soll eine Ethikkommission entscheiden. Forschung muss dem Frieden dienen.

(5) Das Studierendenparlament der HU fordert die Aufnahme und den Ausbau von Kooperationen und Partnerschaften mit palästinensischen und libanesischen Universitäten.

(6) Das Studierendenparlament der HU fordert die HU zur Aufnahme von Studierenden aus Palästina und dem Libanon auf, die Opfer von Vertreibung, Krieg und Gewalt geworden sind; Dazu soll sich die HU für die Einführung eines Stipendienprogramms für Studierende aus Palästina und dem Libanon einsetzen.

(7) Das Studierendenparlament der HU fordert die HU, insbesondere die Universitätsleitung auf, die Mitschuld israelischer Universitäten an Genozid, Apartheid und Menschenrechtsverletzungen (durch ideologische und materielle Un-

terstützung) und die eigene Mitverantwortung durch Schweigen, Repression, Normalisierung und Kooperationen mit den Mittätern anzuerkennen.

weitere **Stellungnahmen** und **Aufforderungen**:

(8) Das Studierendenparlament der HU bestärkt seinen Beschluss SP-32/54 „Gegen Krieg. Gegen Genozid. Gegen Rassismus und Antisemitismus“ und verurteilt den anhaltenden Genozid gegen das palästinensische Volk, die ethnische Säuberung im Westjordanland und Ostjerusalem, das Apartheidsystem in Israel und die Entrechtung von Palästinenser*innen, sowie Israels fortwährende Brüche der Waffenstillstände in Gaza und im Libanon und die Besatzung des Libanons.
Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen, den Studierenden, die dem Scholasticide [9] ausgesetzt sind, sowie den Berliner Studierenden mit Familie, Freund*innen und Verbindungen nach Palästina und den Libanon. Wir gedenken des und trauern um den Berliner Studenten Akel D.

(9) Das Studierendenparlament der HU schließt sich der internationalen Aufforderung nach ‘Boycott, Divestment, and Sanctions’ (zu Deutsch ‘Boykott, Desinvestition, und Sanktionen’), im Folgenden ‘BDS’ an. Es erkennt an, dass die BDS-Bewegung (und die damit verbundene PACBI-Kampagne) eine völkerrechtskonforme, legitime und geschützte Form des politischen Protests ist, mittels der die palästinensische und internationale Zivilgesellschaften für die Anerkennung der Grundrechte der Palästinenser*innen im israelischen Staatsgebiet, für den sofortigen Rückzug Israels aus allen illegal besetzen Gebieten, sowie das von internationalem Recht vorgesehene Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete gem. UN Resolution 194 eintreten [9]. Die Aufforderung nach BDS ist dementsprechend eine friedliche Form des Widerstandes gegenüber den Institutionen und Unternehmen, die von der Aufrechterhaltung des Apartheidssystems, der Besatzung und des Genozids profitieren. Diese Forderung ist nicht antisemitisch [10].
Insbesondere spricht sich das Studierendenparlament der HU für die Umsetzung der PACBI-Richtlinien aus.

(10) Das Studierendenparlament der HU strebt eine BDS- und PABCI-konforme studentische Selbstverwaltung an. Es sollen keine Ressourcen der studentischen Selbstverwaltung für Zwecke aufgewendet werden, die den PACBI-Richtlinien entgegenstehen (Beispielsweise für Veranstaltungen mit israelischen staatlichen Institutionen oder Hochschulen). Der Rahmen von (2) Absatz 2 soll auch hier gelten.
Zur Prüfung der praktischen Umsetzung dieser Kriterien richtet das Studierendenparlament der HU eine Gruppe, beispielsweise ein Komitee oder eine StuPa-AG ein. Diese ist beauftragt bis zur nächsten Sitzung des Studierendenparlaments im Wintersemester 2026/27 in Absprache mit dem RefRat Richtlinien zu erarbeiten, wie die Umsetzung der genannten Kriterien sinnvoll, bürokratiearm und rechtssicher gestaltet werden kann. Sie soll dazu bis zur genannten Sitzung eine StuPa-Antragsvorlage formulieren, über die dann potentiell abgestimmt werden kann.

Das Studierendenparlament der HU beschließt und weist den RefRat an, dass studentischen Gruppen, Initiativen, Fachschaften, Fachschaftsinitiativen sowie sonstigen Mitgliedern der Studierendenschaft der HU aufgrund ihrer Unterstützung der BDS- oder PACBI-Kampagne keine finanziellen, materiellen oder administrativen Nachteile durch die Organe der studentischen Selbstverwaltung entstehen dürfen.

(11) Das Präsidium des Studierendenparlaments wird aufgefordert, die Übermittlung dieses Beschlusses zu Ziff. (1)-(3), sowie (5)-(7) an die Universitätsleitung und die Mitglieder des Akademischen Senates zu veranlassen.

(12) Der Referent_innenRat wird aufgefordert,
a) einen Antrag im Sinne der Ziff. (2) im Akademischen Senat einzureichen,
b) eine offizielle Anfrage nach Informationen und Daten zu den Kooperationen der HU mit israelischen Universitäten und deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen im Sinne der Ziff. (3) mit einer angemessenen Frist an die Universitätsleitung zu stellen.
c) den unter [2] genannten Bericht zur HU allen Studierenden der HU per E-Mail zu übersenden.

III. Begründung

Der israelische Staat unterdrückt, vertreibt und ermordet Palästinenser*innen seit Jahrzehnten und hat ein System der Apartheid auf dem Gebiet unter seiner Kontrolle geschaffen. Seit mehr als zwei Jahren begeht Israel zudem eindeutig und vor den Augen der ganzen Welt einen Völkermord in Gaza. Dieser hat abertausende Menschen getötet, die Lebensgrundlage einer gesamten Bevölkerung, die zivile Infrastruktur und alle Universitäten effektiv zerstört und dauert bis heute an.
Weitere Verbrechen, wie ethnische Säuberung sind auch in anderen Teilen Palästinas sichtbar: Im besetzten Westjordanland eskalierten die Vertreibung und die staatlich geförderte Gewalt seitens israelischer Siedler und Besatzungssoldaten gegen Palästinenser*innen und ihr Land. Gleichzeitig bombardiert Israel fast täglich den Süden des Libanons, und führt auch in anderen Ländern der Region regelmäßige militärische Angriffe durch.
Israelische Universitäten sind zentraler Bestandteil des militärisch-industriellen Komplexes Israels. Universitäten forschen – in enger Partnerschaft mit Rüstungsunternehmen – an Waffen- und Überwachungstechnologien, bilden Soldat*innen aus, legitimieren die Besatzung ideologisch und beteiligen sich direkt am illegalen Siedlungsbau. Im Rahmen dessen wird auch zivile Forschung für militärische Zwecke und zur Aufrechterhaltung und Intensivierung der Kolonisierung Palästinas ausgenutzt [11].
Die Humboldt-Universität ist durch gemeinsame Kooperationen wie Forschungsprojekte und Austauschprogramme mit diesen israelischen Universitäten unmittelbar in Völkerrechtsverletzungen wie Apartheid und Genozid verwickelt. Dies geschieht gegen den Willen der Studierendenschaft und wird von uns nicht länger hingenommen.

IV. Kontakt zu den Antragsteller*innen

- Kontaktinformationen unter: https://hu.berlin/lili

V. Fußnoten

[1] Die Verwendung des Begriffs Genozid zur Beschreibung der Situation in Gaza wird von einem breitem Spektrum führender internationaler Institutionen, Menschenrechtsorganisationen und Genozidforscher vertreten. Siehe hierzu etwa:

'Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to
the Convention on the Prevention and Punishment of the
Crime of Genocide' (2025). UN Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel: https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-genocide-gaza-strip-un-commission-finds

IAGS Resolution on the Situation in Gaza (2025). International Association of Genocide Scholars: https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf

'You Feel Like You are Subhuman' Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza' (2024). Amnesty International: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/12/amnesty-international-concludes-israel-is-committing-genocide-against-palestinians-in-gaza/

'Our Genocide' (2025). B'Tselem: https://www.btselem.org/publications/202507_our_genocide

'Gaza genocide' (2026). Doctors without borders: https://msf.org.uk/issues/gaza-genocide

[2] Das Buch 'Towers of Ivory and Steel: How Israeli Universities Deny Palestinian Freedom' (2024) von Maya Wind detailliert, wie israelische Universitäten strukturell in die staatlichen Apparate eingebunden sind, die die genozidale Gewalt gegen Palästinenser aufrechterhalten und ausführen.

Der kürzlich veröffentlichte HU-Bericht listet die Partnerschaften, die die HU mit israelischen Universitäten unterhält, und beschreibt, wie sich die HU durch diese Kooperationen an dem Genozid mitschuldig macht. Für den deutschen Kontext zeigt die Website academiccomplicity.eu Kooperationen zwischen deutschen und israelischen Universitäten sowie Berichte über Komplizität von studentischen Kollektiven an verschiedenen deutschen Hochschulen.

[3] Zum Begriff der Normalisierung: Es geht um die Normalisierung der falschen Prämisse einer Symmetrie bzw. Gleichheit zwischen Unterdrückten und Unterdrückern und dieser ungleichen Machtdynamik. Genauer unter Punkt 7 hier: https://bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines

‘Israel’s Exceptionalism: Normalizing the Abnormal’ (2011). BDS Movement: https://www.bdsmovement.net/news/israel%25E2%2580%2599s-exceptionalism-normalizing-abnormal

[4] Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI)-Richtlinien: https://www.bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines

[5] ‘The Senate of the University of Ljubljana deliberated on further cooperation with Israeli universities and institutions’ (2025). Univerza v Ljubljani: https://www.uni-lj.si/en/news/2025-08-18-the-senate-of-the-university-of-ljubljana-deliberated-on-further-cooperation-with-israeli-universities-and-institutions

[6] ‘Decision of the ULB Academic Council on collaboration with the Weizmann Institute of Science (Israel)’ (2025). Université Libre de Bruxelles https://actus.ulb.be/decision-of-the-ulb-academic-council-on-collaboration-with-the-weizmann-institute-of-science-israel

[7] ‘Moratorium on collaborations with Israel’ (2025). Universiteit Antwerpen https://medialibrary.uantwerpen.be/files/12115/8f8c1a7b-674d-4617-ac03-c603a1b4e375.pdf

[8] Scholasticide ist die systematische Auslöschung des Bildungswesens durch Festnahme, Inhaftierung oder Tötung von Lehrkräften, Schüler*innen und Mitarbeiter*innen sowie die Zerstörung der Bildungsinfrastruktur:
‘UN experts deeply concerned over ‘scholasticide’ in Gaza’ (2024). UN Experts: https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/un-experts-deeply-concerned-over-scholasticide-gaza

[9] UN General Assembly, A/RES/194 (III)/11 https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/IP%20ARES%20194.pdf

[10] Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA), insbesondere Punkt C 14: https://jerusalemdeclaration.org/
[11] ‘Towers of Ivory and Steel – How Israeli Universities Deny Palestinian Freedom’ (2024). Maya Wind; ‘Revealed: Israel’s curriculum for ‘influencing public consciousness’ (2026). 972 Mag. Illy Pe’ery. https://www.972mag.com/leaked-idf-propaganda-israel-intelligence/